

Verantwortungslos und kurzsichtig : die sozialdemokratische Polemik gegen die Militärausgaben

Autor(en): **Brunner, Dominique**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Soldat : Monatszeitschrift für Armee und Kader mit FHD-Zeitung**

Band (Jahr): **53 (1978)**

Heft 5

PDF erstellt am: **16.05.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-704623>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verantwortungslos und kurzsichtig

Die sozialdemokratische Polemik gegen die Militärausgaben

Major Dominique Brunner, Zürich

Die Sozialdemokraten sind eine unserer drei grossen Landesparteien. Seit Ende der fünfziger Jahre verfügen sie – richtigerweise – über eine Zweiervertretung im Bundesrat. In unserem politischen System hat das Parlament – anders als im klassischen parlamentarischen System – keine Möglichkeit, die Regierung während der Legislaturperiode zu Fall zu bringen. Die einzelnen Mitglieder des Bundesrates werden von der Bundesversammlung für die Dauer der jeweiligen Legislatur gewählt. Obgleich die Wahlvorschläge der Parteien für die Bundesversammlung nicht verbindlich sind, gelten die Parteien, die aus ihren Reihen stammende Persönlichkeiten im Bundesrat sitzen haben, als «Regierungsparteien». Soll überhaupt regiert werden können, dies namentlich angesichts der direkten Mitwirkung des Volkes dank obligatorischem und fakultativem Referendum, so ist ein gewisser Konsens unter den Bundesratsparteien unerlässlich. Dieser Konsens muss sich vor allem auf die grundlegenden Aufgaben der Eidgenossenschaft beziehen, auf die spezifischen Obliegenheiten des Bundes, wie sie sich aus dem natürlichen Zweck des Bundesstaates und aus der Verfassung ergeben.

Landesverteidigung – Bundesaufgabe par excellence

Die logisch primäre und auch historisch gesehen am Ursprung des Bundesstaates stehende Aufgabe ist nun eindeutig die der Verteidigung gegen aussen. Oder herrschen etwa in Europa politische und militärstrategische Verhältnisse, die Verteidigungsanstrengungen als überflüssig erscheinen liessen? Die Antwort kann bekanntlich nur – und zwar unmissverständlich – nein lauten: In Europa waren noch nie so bedeutende Zerstörungsmittel massiert, allein zwischen Nordsee und Alpen beidseits der Grenze zwischen Ost und West mehr als 26 000 Kampfpanzer und mehr als 4000 moderne taktische Kampfflugzeuge, zudem, und grösstenteils in eben diesem Raum, mehr als 10 000 Atomsprengkörper; erstmals in der Geschichte steht die Hälfte Europas unter russischer Kontrolle; Europas Geschicke hängen wie nie zuvor von aussereuropäischen oder im wesentlichen aussereuropäischen, bis an die Zähne bewaffneten Mächten ab. Also sollte unter den die Bundesexekutive tragenden Parteien grundsätzliche Übereinstimmung in bezug auf die Notwendigkeit der Landesverteidigung bestehen. Ja, mehr noch, es sollte grundsätzliche Übereinstimmung darüber bestehen, dass das entscheidende Instrument unserer Sicherheitspolitik, die Armee, so ausgestaltet und so ausgerüstet wird, dass sie den Auftrag erfüllen kann.

Gestörtes Verhältnis zur Armee

Seit Jahr und Tag nun bricht immer wieder ein Gegensatz zwischen sozialdemokrati-

scher Partei, gewissen ihrer – mehr oder weniger wortgewaltigen – Vertreter im Parlament und namentlich ihrer Presse einerseits und den übrigen Bundesratsparteien andererseits auf. Äusserlich bezieht sich der Widerspruch nicht auf das Grundsätzliche. Die derzeitige Leitung der Sozialdemokratie reagiert auch höchst gereizt, wenn man es wagt, die Frage nach dem Verhältnis der Partei zur Landesverteidigung aufzuwerfen. Sie tut, als ginge es nur um die Anwendung des Grundsatzes der Landesverteidigung, vor Jahr und Tag etwa um die Konzeption der Landesverteidigung, dann um die innere Verfassung der Armee, Stichwort «Demokratisierung», oder darum, ob wir brauchbare Kampfflugzeuge benötigten. Substantielles, Kompetenz Verarbeitendes war bei dieser Kritik jeweils nicht festzustellen, was den Verdacht nahelegen konnte, man habe auch in diesen Fällen nur den Sack geschlagen, eigentlich aber den Esel gemeint, man habe gegen eine wirkungsvolle Landesverteidigung operieren wollen.

Die jüngste sozialdemokratische Polemik gegen die Militärausgaben – genauer die Polemik der Fraktionsführung, der Presse und des Pressedienstes der Partei – spricht leider für die Richtigkeit dieser Annahme. Man kommt nunmehr in der Tat nicht mehr darum herum, festzuhalten, dass sich die Haltung mindestens der Führung der sozialdemokratischen Fraktion mit den Grundsätzen unserer Sicherheitspolitik, wie sie im Bericht des Bundesrates vom 27. Juni 1973 niedergelegt sind, mit einer realistischen Beurteilung der militärstrategischen Situation in Europa und mit den bei sachlicher Betrachtung unbestreitbaren materiellen Bedürfnissen der Armee nicht länger vereinbaren lässt.

Am 24. März 1977 verlangte ein Postulat der sozialdemokratischen Fraktion vom Bundesrat einen Bericht über die Militärausgaben. Der Bericht wurde vom Nationalrat am 20. September 1977 überwiesen und bereits mit Datum vom 3. Oktober vom Bundesrat erstattet. Im Vorfeld der diesjährigen Märzsession nahm die sozialdemokratische Fraktion dazu Stellung. Der Presse zufolge wies sie den Bericht «des EMD» zurück. Was hat den Unwillen der Fraktion oder mindestens ihrer Führung erregt? Ist dieser Bericht, der im übrigen, wie es sich ziemt, ein Dokument der Kollegialbehörde Bundesrat ist und auch die Unterschrift des Bundespräsidenten trägt, so unbefriedigend?

Klare, überzeugende Antwort des Bundesrates

Nun, der sachliche, umfassende, man kann sagen vorbildliche Bericht wird natürlich den- oder diejenigen enttäuschen, die darin den Beleg für übertriebene Militärausgaben der Schweiz suchen würden oder die erwarten würden, es würden – weitere – ins Gewicht fallende Einsparungsmöglichkeiten beim EMD aufgezeigt.

Wenn allerdings erhebliche Teile der sozialdemokratischen Fraktion solches erwartet haben sollten, würden sie damit nur beweisen, dass sie ihre Hausaufgaben, soweit es um die Landesverteidigung geht, seit Jahren nicht gemacht haben. Nicht nur gibt es öffentlich zugängliche Publikationen – wie beispielsweise den «Schweizer Soldat» –, die seit langem auf die seit Mitte der sechziger Jahre im Gang befindliche Verschärfung der potentiellen Bedrohung hinweisen; Sozialdemokraten gehören auch den Militärkommissionen an, einer von ihnen präsidiert zurzeit die Militärkommission des Nationalrates, und diese Kommissionen können sich ja von den Sachverständigen unseres Nachrichtendienstes orientieren lassen; schliesslich waren vor nicht allzu langer Zeit prominente Sozialdemokraten offenbar beim deutschen Verteidigungsminister, einem Sozialdemokraten, zu Gast, der ihnen sicher hätte erklären können, warum die Bundesrepublik unter sozialdemokratischen Kanzlern seit 1973 maximal 3,7 und minimal 3,4 Prozent des Bruttosozialproduktes für die Verteidigung aufwendet (die Schweiz zwischen 1,8 und 2 Prozent) und 1977 16,6 Milliarden Dollar, also 263 Dollar pro Kopf oder mehr als je seit 1974 für die Verteidigung ausgibt.

Erstarrte Militärausgaben

Der bundesrätliche Bericht über die Militärausgaben weist nach, dass die *Bundeseinnahmen* zwischen 1960 und 1976 um das 4,3fache zugenommen haben, die Militärausgaben lediglich um das 3,3fache. Die Bundeseinnahmen stiegen von 1973 bis 1976 um 31,7 Prozent, die Militärausgaben um 27,6 Prozent. «Demgegenüber entwickelten sich die gesamten Aufwendungen weit schneller als die Einnahmen des Bundes. Gesamthaft gesehen wuchsen die Bundesausgaben von 1966 bis 1976 um 180 Prozent, die Einnahmen jedoch lediglich um 150 Prozent.» Damit deckt sich auch, dass von allen wesentlichen Aufgabengruppen des Bundes die Ausgaben, zum Beispiel seit 1971, am langsamsten bei der Landesverteidigung zugenommen haben, nämlich um 26 Prozent – gegenüber 86 Prozent bei Unterricht und Forschung, 91 Prozent bei den sogenannten Finanzausgaben, 60 Prozent bei der sozialen Wohlfahrt oder 43 Prozent beim Verkehr. 1960 entsprachen die Militärausgaben noch 36 Prozent der Bundesausgaben, 1977 machten sie noch ganze 18 Prozent der Bundesausgaben, das ist die Hälfte von vor 18 Jahren, aus.

Es ist unwiderlegbar, dass bei der Landesverteidigung in den letzten Jahren gespart worden ist. Die Rüstungsausgaben, das was wir für die Steigerung der Kampfkraft in materieller Hinsicht ausgeben, sind, in realer Kaufkraft ausgedrückt, zwischen 1965 und 1974 sogar um ein volles Drittel zurückgegangen. Daraus folgt zunächst einmal, dass die Behauptung, beim EMD

werde zuwenig gespart, eine glatte Lüge ist. Daraus folgt aber noch weit mehr: dass man in kurzsichtiger, ja, wie die Geschichte vielleicht beweisen wird, verantwortungsloser Art seit 1965 die Mittel für die Anpassung unserer Armee an die Bedrohung beschneiden und gekürzt hat. Denn unsere Bewaffnung weist gravierende Lücken auf, Lücken, die jeder verantwortungsbewusste Soldat kennt und empfindet. Es ist eine in der Geschichte immer wieder zu beobachtende Neigung politischer Karrieristen, der Truppe zu befehlen, die von den Politikern verschuldeten Mängel in der Bewaffnung durch grösseren Einsatz wettzumachen.

Unsere Truppe leistet viel. Ich habe es soeben wieder im WK mit meinem Batail-

ion erlebt. Unsere Soldaten, Offiziere und Unteroffiziere erfüllen ihre Pflicht in ihrer grossen Mehrheit mit einer ganz bemerkenswerten Selbstverständlichkeit und mit Kompetenz. Ganz abgesehen von allen anderen Aspekten, ist diese Truppe einfach zu gut und zu anständig, als dass es irgendeine Entschuldigung dafür gäbe, auch nur das Risiko einzugehen, sie ungenügend bewaffnet in einen Kampf zu schicken. Die französische Armee nahm 1914 den Kampf gegen die Deutschen mit Mängeln in Bewaffnung und Ausrüstung, mit einer falschen Einsatzdoktrin (l'offensive à outrance) und einem falschen strategischen Plan auf. Nichtsdestotrotz rettete sie Frankreich durch beispiellose Tapferkeit und Selbstverleugnung – aber um den

Preis von 300 000 Verlusten innerhalb der ersten 5 Wochen, ein Aderlass, von dem sich das Land erst nach Jahrzehnten erholt hat. Ein vergleichbares Risiko – und noch viel mehr – scheint ein Teil der Sozialdemokraten im Parlament auf sich zu nehmen bereit zu sein, nicht für sich natürlich, sondern für Kader und Truppe. Und sie stehen nicht allein, denn am laufenden Band hört man von angeblich zur Landesverteidigung stehenden Bürgerlichen, man müsse jetzt eben die Finanzen in Ordnung bringen – eine ähnliche Krämermentalität wie die 1914 in Frankreich obwaltende. Es wird so langsam Zeit, dass man das Volk über diese Dinge orientiert – damit Wahltag auch wirklich Zahltag werde!

Forum Jugend+Armee

Vortragsreihe «Sicherheitspolitik» an der Hochschule St. Gallen

Das Forum Jugend und Armee St. Gallen veranstaltet in den Monaten April bis Juni eine Vortragsreihe über Sicherheitspolitik, die sich an die Studenten, die Dozenten sowie an die weitere interessierte Öffentlichkeit richtet. Unser Verein entschloss sich zu dieser Aktion, weil uns aufgefallen war, dass in vielen Belangen der Sicherheitspolitik Unsicherheit, ja Unkenntnis herrscht.

Es werden dabei die verschiedenen Hauptaspekte der schweizerischen Sicherheitspolitik berücksichtigt, gleichzeitig soll aber aufgezeigt werden, wie andere neutrale Staaten mit ihrer Sicherheitspolitik verschiedene Wege gehen. Aus diesem Grund wurden auch Vertreter Schwedens und Österreichs eingeladen, wobei General Spannocchi mit seiner Theorie des Kleinkrieges vielen an Sicherheitspolitik interessierten Mitbürgern schon bekannt sein dürfte.

Unser Veranstaltungsprogramm sieht wie folgt aus:

24. 4. 78	2015	Hochschule St. Gallen Hörsaal 111	Regierungsrat Ernst Rüesch: Vor einer Wende in unserer Sicherheitspolitik?
2. 5. 78	2015	Hochschule St. Gallen Hörsaal 111	Professor Alois Riklin: Ist die Neutralität noch zeitgemäss?
8. 5. 78	2015	Hochschule St. Gallen Hörsaal 111	Dr. Otto Niederhauser: Sicherheitspolitik und wirtschaftlicher Krisenfall
22. 5. 78	2015	Hochschule St. Gallen Hörsaal 111	Korpskdt Hans Senn: Sicherheitspolitik und Armee
29. 5. 78	2015	Hochschule St. Gallen Hörsaal 111	General Carl Björemann: Sicherheitspolitik Schwedens
5. 6. 78	2015	Hochschule St. Gallen Hörsaal 111	General Emil Spannocchi: Sicherheitspolitik Österreichs
26. 6. 78	2015	Hochschule St. Gallen Aula	Bundesrat Kurt Furgler: Sicherheitspolitik und Staatsschutz

Wir möchten auch Sie recht herzlich zu dieser sicherlich informativen Veranstaltung einladen und möchten noch in kurzen Zügen unseren Verein vorstellen, da er noch vielen unbekannt sein dürfte und man wissen sollte, wer hinter dieser Veranstaltung steht.

Das Forum Jugend und Armee ist ein Verein von jungen, unabhängigen Schweizern, der folgende Ziele anstrebt:

- das Verhältnis zwischen Jugend und Armee positiv gestalten;
- Jugendliche, Rekruten und Soldaten über die Armee informieren;
- ein Gegengewicht schaffen zu der einseitigen Informationspraxis von Gruppierungen, die gegen die Armee eingestellt sind.

Sie werden sich u. U. fragen, ob ein solcher Verein heute noch einen Sinn hat, da die Jugendlichen ja wieder gern in die Armee gehen und auch vermehrt weitermachen wollen. Doch ich glaube, dass sich die angehenden Rekruten vielfach in eine für sie nicht ganz befriedigende Realität fügen. In diesem Sinn gesehen, erfüllt unser Verein auch heute noch eine wichtige Funktion, versucht er doch, die zukünftigen Soldaten in einer sachlichen und ausgewogenen Weise über die Belange der Landesverteidigung und der Armee zu informieren, um so vielleicht kritischere, aber auch gewiss überzeugtere Wehrmänner in die Armee zu bringen.

Lt Jean-Jacques Keller

Wehrsport

Am 26. August 1978 führt der UOV Bischofszell und Umgebung zwei Einzelwettkämpfe durch, nämlich:

- a) den Kantonalen Dreikampf (2er-Patrouillen)
- b) den Internationalen Militärwettkampf (2er-Patrouillen)

Teilnahmeberechtigt sind:

- a) alle Mitglieder des SUOV
- b) Mitglieder von militärischen Verbänden und Einheiten
- c) für den Internationalen Militärwettkampf: Gäste aus andern Nationen

Der Kantonale Dreikampf umfasst 3 Disziplinen:

- a) Marsch nach Karte und Kompass
- b) Technischer Teil (Schiessen, HG-Werfen, Geländepunkt bestimmen)
- c) Militärisches Wissen

Der Internationale Militärwettkampf umfasst die Disziplinen:

- a) Marsch nach Karte und Kompass
- b) Technischer Teil (Schiessen, HG-Werfen, Geländepunkt bestimmen)
- c) Militärischer Teil (Gefechtsparcours mit UG-Rak-Rohr- und Gewehr-Schiessen, HG-Werfen)

Da zwei Wettkampfteile identisch sind, können beide Wettkämpfe parallel bestritten werden.

Kosten: etwa Fr. 12.— je Mann, etwa Fr. 22.— für beide Wettkämpfe.

Anmeldung und Reglemente:

Hptm Markus Hauri, Niederbürserstrasse 17
9220 Bischofszell

Anmeldetermine: provisorisch bis 1. Mai / definitiv bis 2. August.

Menschenführung

Unsere Armee ist und bleibt auftragsorientiert.

Unser vorrangiges Führungsziel muss die Auftragserfüllung bleiben. Dieses Ziel ist jedoch voll und ganz vereinbar mit einer Führungskonzeption, die in vernünftigem Rahmen die Belange der Geführten berücksichtigt.